



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 16. Februar 2017
(OR. en)

6390/17

AGRI 75
DELECT 29
AGRIFIN 12

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	15. Februar 2017
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	C(2017) 735 final
Betr.:	DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION vom 15.2.2017 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 hinsichtlich der Kontrollmaßnahmen im Bereich des Hanfanbaus, bestimmter Vorschriften für die Ökologisierungszahlung, der Zahlung für Junglandwirte mit Kontrollbefugnis über eine juristische Person, der Berechnung des Betrags je Einheit im Rahmen der fakultativen gekoppelten Stützung, der Bruchteile von Zahlungsansprüchen und bestimmter Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung und der fakultativen gekoppelten Stützung sowie zur Änderung des Anhangs X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument C(2017) 735 final.

Anl.: C(2017) 735 final

Brüssel, den 15.2.2017
C(2017) 735 final

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom 15.2.2017

zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 hinsichtlich der Kontrollmaßnahmen im Bereich des Hanfanbaus, bestimmter Vorschriften für die Ökologisierungszahlung, der Zahlung für Junglandwirte mit Kontrollbefugnis über eine juristische Person, der Berechnung des Betrags je Einheit im Rahmen der fakultativen gekoppelten Stützung, der Bruchteile von Zahlungsansprüchen und bestimmter Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung und der fakultativen gekoppelten Stützung sowie zur Änderung des Anhangs X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

BEGRÜNDUNG

(1) KONTEXT DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

In der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (im Folgenden die „Grundverordnung“) sind die Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geregelt. Mit der Verordnung wird die Kommission ermächtigt, delegierte Rechtsakte zur Änderung oder Ergänzung einer Reihe nichtwesentlicher Bestimmungen der Verordnung zu erlassen. Dem wurde mit der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission (im Folgenden die „delegierte Verordnung“) entsprochen.

Der vorliegende Rechtsakt umfasst mehrere eigenständige Änderungen (Zahlung für Junglandwirte, fakultative gekoppelte Stützung, Regelung für die einheitliche Flächenzahlung, Basisprämienregelung, Zahlung für dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden („Ökologisierung“), Beihilfefähigkeit von zum Hanfanbau genutzten Flächen) der betreffenden Bestimmungen der delegierten Verordnung. Die Änderungen der die Ökologisierung betreffenden Bestimmungen der delegierten Verordnung folgen auf eine gezielte Überprüfung der Durchführung der Ökologisierung nach dem ersten Anwendungsjahr. Die übrigen Änderungen sind eher technischer Natur und zielen darauf ab, geltende Vorschriften zu vereinfachen oder klarer zu gestalten.

1.1. Ökologisierung

Auf direkte Ökologisierungszahlungen entfallen 30 % der für die Mitgliedstaaten der Union geltenden jährlichen Obergrenzen für Direktzahlungen. Sie erfolgen in Form einer jährlichen Zahlung pro Hektar beihilfefähige Fläche und sind an die Bedingung gebunden, dass die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe drei einfache, allgemeine, nichtvertragliche und jährliche Maßnahmen beachten, die dem Klima- und Umweltschutz förderlich sind. Bei diesen „Standard-Ökologisierungsmethoden“ handelt es sich um im Umweltinteresse genutzte Flächen in Höhe von 5 % des Ackerlands, Anbaudiversifizierung und Erhaltung von Dauergrünland einschließlich des Schutzes von umweltsensiblen Dauergrünland. In einigen Fällen können die Betriebsinhaber als Alternative zu den Standardmethoden gleichwertige Methoden anwenden, die ebenfalls in der Grundverordnung festgehalten sind. Die delegierte Verordnung enthält und ergänzt bestimmte technische Parameter, Begriffsbestimmungen und Methoden im Zusammenhang mit den Ökologisierungsmethoden.

Bei der Annahme der delegierten Verordnung verpflichtete sich die Kommission, einen Aspekt der Regelung für die Ökologisierungszahlungen (im Umweltinteresse genutzte Flächen) anhand der Erfahrungen des ersten Jahrs ihrer Anwendung sowie den Verwaltungsaufwand, der sich aus den neuen Vorschriften ergeben hat, die Auswirkungen der Durchführung durch die Mitgliedstaaten auf die gleichen Wettbewerbsbedingungen für Betriebsinhaber und die Auswirkungen auf das Produktionspotenzial zu überprüfen¹. Die im Rahmen der Vereinfachung der GAP

¹ Erklärung der Kommission vom 2. April 2014; http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/161_de.htm

durchgeführte Überprüfung befasste sich auch mit anderen Aspekten der Ökologisierung und verfolgte die beiden Ziele, zum einen die Durchführung der Ökologisierung durch Betriebsinhaber und öffentliche Verwaltungen zu vereinfachen und ihre Akzeptanz zu steigern und zum anderen die Umweltleistung der Regelung zu verbessern. Im Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen vom 22. Juni 2016² (im Folgenden das „CSWD“) wurde untersucht, wie die Regelung im ersten Jahr angewandt wurde; dabei wurden bestimmte Mängel ermittelt, die eine volle Ausschöpfung ihres Potenzials verhindern, und mögliche Wege geprüft, Abhilfe zu schaffen. Diese umfassten die klarere Spezifizierung oder Klarstellung der Anforderungen an die Betriebsinhaber durch Streichung bestimmter technischer Anforderungen, die sich als aufwändig erwiesen haben und nicht mit einem Mehrwert für die Umwelt verbunden sind. Dies ermöglicht Landwirten mehr Flexibilität oder alternative Lösungen, wenn diese Lösungen den Umwelt- und Klimanutzen der Ökologisierung steigern würden, und bietet eine gewisse Harmonisierung der Anforderungen und Bedingungen.

1.2. Zahlung für Junglandwirte

Es soll klargestellt werden, dass juristische und natürliche Personen, die die Zahlung für Junglandwirte beantragen, gleich behandelt werden sollten.

1.3. Einheitliche Flächenzahlung

Ziel ist es, die Anforderungen an die Mitteilungen der Mitgliedstaaten zu vereinfachen.

1.4. Fakultative gekoppelte Stützung

Mit diesen Änderungen werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen sollen die Anforderungen an die Mitteilungen der Mitgliedstaaten vereinfacht werden, und zum anderen sollen die Regeln klarer gefasst werden, nach denen der Stützungsbetrag je Einheit berechnet wird.

1.5. Bruchteile von Zahlungsansprüchen

Ziel ist es klarzustellen, dass für die Zwecke von Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b der Grundverordnung ein ganzer Zahlungsanspruch und ein Bruchteil eines Zahlungsanspruchs gleich behandelt werden, wenn sie für eine Fläche aktiviert werden, die kleiner ist als dem Zahlungsanspruch oder Bruchteil eines Zahlungsanspruches entspräche.

1.6. Hanf

Der Inhalt von Artikel 45 und des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission soll in die delegierte Verordnung übernommen werden, da er eher unter die Befugnisübertragung gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Grundverordnung fällt.

²

SWD(2016) 218 final.

Außerdem sollen die Bestimmungen zur Berücksichtigung bestimmter Merkmale von als Zwischenfrucht angebautem Hanf angepasst werden.

2. KONSULTATIONEN VOR ANNAHME DES RECHTSAKTS

Die Konsultation der Interessenvertreter für die gezielte Überprüfung der Ökologisierungsvorschriften begann Anfang 2015 und lief bis Mitte April 2016. Das Konsultationskonzept sah vor, einerseits die vorhandenen Informationen aus der Vereinfachung der GAP und bestehende Diskussionsforen einschlägiger Interessenvertreter heranzuziehen und andererseits speziell für die Zwecke der gezielten Überprüfung des Ökologierungs-Sekundärrechts konzipierte Tätigkeiten durchzuführen. Eine wichtige Informationsquelle bildete eine Reihe von Beiträgen anderer Unionsorgane und der Verwaltungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der Erörterungen über die Vereinfachung der GAP. Anhang 5 des genannten CSWD enthält die Einzelheiten zu diesen Konsultationstätigkeiten und fasst die Antworten zusammen, die von einer breiten Palette von Interessenvertretern eingingen. Der Überblick über die Ergebnisse einer Online-Konsultation der Öffentlichkeit, die die Kommission vom 15. Dezember 2015 bis zum 8. März 2016 durchführte, ist auf der Europa-Website³ abrufbar.

Die Konsultation der Ökologierungs-Sachverständigen der Mitgliedstaaten wurde im Rahmen einer Expertengruppe auf der Grundlage eines von den Kommissionsdienststellen vorgelegten Entwurfs einer delegierten Verordnung (mit Ökologierungsmaßnahmen) fortgesetzt. Drei Sitzungen fanden am 6. und 18. Juli und am 25. August 2016 statt. Die Kommissionsdienststellen klärten eine Reihe von Fragen und beantworteten die Fragen der Sachverständigen. Anschließend wurde der Entwurf entsprechend den auf den Sitzungen oder schriftlich vorgebrachten Anmerkungen der Sachverständigen verfeinert.

Parallel dazu wurde den Mitgliedstaaten im Rahmen der Sitzungen der Sachverständigengruppe für Direktzahlungen vom 29. Juni 2016 und 25. August 2016 ein Entwurf vorgelegt, der andere Fragen als Ökologierungsmaßnahmen und Hanf betraf. Die Mitgliedstaaten begrüßten den Entwurf, zu dem sie entweder keine weiteren wesentlichen Anmerkungen hatten oder Anmerkungen vorbrachten, die in der Endfassung berücksichtigt werden konnten.

Zu den Änderungen in Bezug auf den Anbau von Hanf wurde die Sachverständigengruppe für Direktzahlungen am 28. September 2016 gehört. Die Mitgliedstaaten begrüßten den Entwurf und brachten keine weiteren wesentlichen Anmerkungen vor.

Die kombinierte Fassung aller Änderungen wurde der Sachverständigengruppe für Direktzahlungen am 21. Oktober 2016 unterbreitet.

Zum Zeitpunkt der Anberaumung der Sitzungen der Sachverständigengruppe wurden die Entwürfe des vorliegenden Rechtsakts (in zwei gesonderten Teilen: Ökologisierung und sonstige Themen) dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt.

Am 15. Dezember 2016 wurde der Entwurf der Delegierten Verordnung auf dem Kommissionsportal „Bessere Rechtsetzung“ veröffentlicht, damit sich die Öffentlichkeit vier Wochen lang dazu äußern konnte. Stellungnahmen gingen von 205 Akteuren ein, von denen knapp die Hälfte Einzelpersonen und der Rest Vertreter von Bauernverbänden, Agrarunternehmen, Umwelt- und nichtstaatlichen Verbraucherverbänden und

³ Website „Ihre Stimme in Europa“: http://ec.europa.eu/yourvoice/index_de.htm

Wissenschaftskreisen waren. Bei fast allen Beiträgen stand die Ökologisierung im Mittelpunkt. Einige Stellungnahmen zur Ökologisierung bezogen sich auch auf den Entwurf einer anderen delegierten Verordnung⁴ zu einem ähnlichen Thema.

Im Mittelpunkt der Rückmeldungen stand das Verbot der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf verschiedenen im Umweltinteresse genutzten Flächen, insbesondere Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen. In mehreren Beiträgen von Bauernverbänden und Agrarunternehmen wurden die technische Machbarkeit und die Rentabilität des Anbaus von stickstoffbindenden Pflanzen ohne Pflanzenschutzmittel in Frage gestellt. Es wurde argumentiert, dass dieser Ansatz in Wirklichkeit zu einem Rückgang der Leguminosenerzeugung in der EU führen und somit das Ziel der Produktionssteigerung unterminieren würde, das ihrer Auffassung nach hinter den im Umweltinteresse genutzten Flächen stand. Sie warnten, der Erzeugungsrückgang könne potenziell die Unabhängigkeit der EU bei der Erzeugung dieser Kulturpflanzen gefährden. Andere Konsultationsteilnehmer zeigten sich besorgt über die Schädlingsbekämpfung auf brachliegenden Flächen, falls ein Verbot für Pflanzenschutzmittel eingeführt würde, während wieder andere sich am Wortlaut des Verordnungsentwurfs zur Frage der Untersaat störten, und darauf hinwiesen, dass dieser unbeabsichtigt eine Verlängerung des Pflanzenschutzmittelverbots bis ins nächste Erntejahr bewirken könnte. Dies, so ihre Argumentation, wäre nicht nur mit den gängigen Anbaumethoden nicht vereinbar, sondern könnte auch die Kontrollverfahren verlängern und komplizieren und somit potenziell die Zahlungen an Farmer hinauszögern.

Weitere Konsultationsteilnehmer, vor allem Umwelt-, Verbraucher- und Bienenwirtschaftsverbände, sprachen sich nachdrücklich für das Verbot aus. Sie erachteten es als unerlässlich, um die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft zu schützen und die Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und natürliche Schädlingsbekämpfung zu begünstigen. Nach ihrer Auffassung ist das Verbot der einzige Weg, um sicherzustellen, dass die Zielsetzung der Ökologisierung erreicht werden kann. Ohne das Verbot würde die Glaubwürdigkeit der Ökologierungsmaßnahmen als Ganze untergraben. Dies war der Tenor mehrerer Beiträge, in denen auch unterstrichen wurde, dass das Verbot nur eine begrenzte landwirtschaftliche Fläche betraf und dass es bei der Ökologisierung sowieso nicht darum gehe, die Erzeugung zu fördern.

Die Bauernverbände waren sich nicht einig in Bezug auf die Ersetzung der Frist für die Aussaat von Zwischenfrüchten durch eine obligatorische Standzeit. Während viele diese Änderung für positiv hielten, waren einige der Auffassung, dass dies die Aussaat von Winterkulturen erschwere.

Zu den anderen Aspekten des Vorschlags gingen kaum Beiträge ein, auch wenn einige positive Entwicklungen hervorgehoben wurden, wie die vorgeschlagene Änderung der Definition für die Zusammensetzung von stickstoffbindenden Pflanzen oder die Zusammenlegung verschiedener Landstreifen, die als im Umweltinteresse genutzte Flächen angesehen werden könnten. Außerdem gab es positive Rückmeldungen zu dem Vorschlag, weitere angrenzende Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen einzubeziehen und den Zeitraum vorzugeben, in dem Land brachliegen sollte, sowie zur Klarstellung der Bedeutung von „landwirtschaftlicher Erzeugung“. Manche Konsultationsteilnehmer waren enttäuscht,

⁴ Rückmeldungen zur Delegierten Verordnung (EU) Nr. .../... zur Änderung der Delegierten Verordnung Nr. 640/2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance (12. Januar 2017).

weil die Änderungen nicht weit genug gingen: Einige wünschten weniger strenge Kontrollen und Sanktionen, während andere für mehr Klarheit in Bezug auf die Dauergrünlandverpflichtung plädierten.

Auf der Grundlage der eingegangenen Beiträge wird der Zeitraum für die Anwendung des Pflanzenschutzmittelverbots bei Untersaat präzisiert (Absatz 10c). Außerdem wird nun die Möglichkeit geboten, ihn mit dem Zeitraum für Flächen abzustimmen, die mit Zwischenfrüchten und Gründecke in einer Saadmischung bestellt sind, um die Kohärenz mit den gängigen landwirtschaftlichen Verfahren sicherzustellen, Rechtssicherheit zu gewährleisten und Verwaltungsprobleme für Betriebsinhaber und nationale Verwaltungen zu vermeiden.

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

3.1. Ökologisierung

3.1.1. Anbaudiversifizierung

Artikel 40 der delegierten Verordnung regelt, wie die Anteile der verschiedenen Kulturpflanzen für die Beachtung der Vorgabe der Anbaudiversifizierung zu berechnen sind und wie Kulturen, die sich aus verschiedenen Arten zusammensetzen (Mischkulturen), zu behandeln sind. Die Betriebsinhaber müssen die Anforderung in dem von den Mitgliedstaaten festzulegenden sogenannten „Zeitraum für die Anbaudiversifizierung“ erfüllen. Es wird vorgeschlagen, für die Mitgliedstaaten eine Option aufzunehmen, nach der sie den Zeitraum für die Anbaudiversifizierung auf (sub-)regionaler Ebene differenzieren können, um unterschiedlichen klimatischen Bedingungen in ihrem Gebiet Rechnung zu tragen. Um für die Betriebsinhaber die Meldung der Kulturpflanzen zu vereinfachen, sollten sie die Möglichkeit haben, auf kleinen Flächen angebaute Kulturpflanzen als eine (einzige) Mischkultur zu melden.

3.1.2. Im Umweltinteresse genutzte Fläche

Gemäß Artikel 45 Absatz 2 der delegierten Verordnung darf auf Flächen, die zwecks Anrechnung als im Umweltinteresse genutzte Flächen brachliegen, keine landwirtschaftliche Erzeugung stattfinden. Es wird vorgeschlagen, die Dauer dieses Verbots ausdrücklich festzulegen und dabei zu berücksichtigen, dass die Betriebsinhaber die Möglichkeit haben müssen, vor Jahresende den Anbau von Hauptkulturen wieder aufzunehmen. Diese Änderung entspricht der von den Mitgliedstaaten bereits mitgeteilten Auslegung.

Artikel 45 Absätze 4, 5 und 7 der delegierten Verordnung enthalten Vorschriften für mehrere Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen; diese sollen dahingehend geändert werden, dass ihre Begriffsbestimmungen und/oder die entsprechenden Bedingungen zusammengefasst werden. Es wird vorgeschlagen, innerhalb der in der Grundverordnung enthaltenen Liste verschiedene Flächenstreifen einerseits und Elemente mit Bäumen andererseits zusammenzufassen. Außerdem wird geklärt, wie Elemente zu berechnen sind, die die in demselben Artikel festgelegten Höchstabmessungen überschreiten. Diese Änderung dürfte für die Betriebsinhaber die Unterscheidung dieser Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen weniger komplex machen und es ihnen erlauben, unter diese Flächen auch ökologisch

wertvolle Elemente zu zählen, die bislang wegen ihrer übermäßigen Größe ausgeschlossen waren.

Zu Artikel 45 wird ein neuer Absatz 5a vorgeschlagen, in dem der Begriff „an im Umweltinteresse genutzte Flächen angrenzende Landschaftselemente“ erklärt und erläutert wird, und der es gestattet, weitere ökologisch wertvolle Elemente, die mit den Flächen des Betriebs verbunden sind, als im Umweltinteresse genutzte Flächen zu zählen.

Es wird vorgeschlagen, in Artikel 45 Absatz 8 über Niederwald mit Kurzumtrieb klarzustellen, dass die Mitgliedstaaten den Einsatz von Produktionsmitteln (Dünge- oder Pflanzenschutzmittel) regeln, wenn eines dieser Produktionsmittel nicht verboten ist.

Außerdem wird vorgeschlagen, Artikel 45 Absatz 9 dahingehend zu ändern, dass die Frist „nicht über den 1. Oktober hinaus“ für die Aussaat einer Zwischenfrucht oder Gründecke durch einen obligatorischen Mindestzeitraum für die Bodenbedeckung durch die Kulturpflanzen/Gründecke ersetzt wird. Es ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, den auf nationaler oder sub-nationaler Ebene anzuwendenden konkreten Zeitplan aufzustellen. Hierfür gibt es zwei Gründe: bessere Umweltwirksamkeit und mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten, um saisonalen Witterungsbedingungen Rechnung zu tragen.

Durch die Änderung von Artikel 45 Absatz 10 wird gestattet, für die Zwecke dieser im Umweltinteresse genutzten Flächen Mischungen von stickstoffbindenden Pflanzen und anderen Pflanzen zu verwenden, sofern die erstgenannten Pflanzen vorherrschen. Bislang waren nur reine stickstoffbindende Kulturen zulässig, doch wird dies bestimmten traditionellen Anbaumethoden nicht gerecht, bei denen stickstoffbindende Pflanzen mit anderen Pflanzen gemischt werden müssen. Darüber hinaus sollte die Bestimmung gestrichen werden, nach der die Mitgliedstaaten Vorschriften aufstellen müssen, wo diese mit stickstoffbindenden Pflanzen bestellten Flächen, die als im Umweltinteresse genutzte Flächen gelten, angelegt werden dürfen. Diese Bestimmung sollte dem Risiko einer potenziellen Stickstoffauswaschung vorbeugen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass sie sich mit den Vorschriften der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Unionsrechtsvorschriften in den Bereichen Nitrat und Gewässer überschneidet. Stattdessen wird vorgeschlagen klarzustellen, dass die Mitgliedstaaten auch künftig das Problem der potenziellen Nitratauswaschung durch die Vorgabe entsprechender Erzeugungsmethoden angehen können.

Die weiteren Änderungen von Artikel 45 Absätze 9 und 10 in Bezug auf Zwischenfrüchte/Gründecke und stickstoffbindende Pflanzen zielen darauf ab, ihre Behandlung im Kontext gleichwertiger Methoden anzugleichen, um die Gleichbehandlung von Betriebsinhabern sicherzustellen, die Standard- und gleichwertige Methoden anwenden.

Durch einen neuen Absatz 10a in Artikel 45 wird klargestellt, was die Vorgabe „keine Erzeugung“ für bestimmte Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen bedeutet, d. h. was von den Landwirten verlangt wird und wie diese Einschränkung mit den Vorschriften im Rahmen anderer GAP-Instrumente zusammenhängt.

Es wird vorgeschlagen, durch die Aufnahme der neuen Absätze 10b und 10c in Artikel 45 auf bestimmten im Umweltinteresse genutzten Flächen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verbieten. Diese Änderung geht auf die Notwendigkeit zurück, die Umweltwirkung der Ökologisierung zu steigern und insbesondere die Biodiversitätswirkung der im Umweltinteresse genutzten Flächen zu maximieren.

Die Tabelle in Anhang X der Grundverordnung, in der die Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen und die geltenden Gewichtungsfaktoren aufgeführt sind, sollte entsprechend den in diesem Rechtsakt enthaltenen Änderungen der Arten solcher Flächen geändert werden. Darüber hinaus wird eine neue Tabelle vorgeschlagen, in der ausdrücklich die Gewichtungsfaktoren für den im Umweltinteresse genutzten Flächen gleichwertige Methoden aufgeführt sind. Dies soll die Rechtssicherheit und Gleichbehandlung der Landwirte sicherstellen, die Standard- und gleichwertige Methoden anwenden.

3.1.3. Mitteilungen im Zusammenhang mit der Ökologisierung

Gemäß Artikel 65 Absatz 1 Buchstabe c der delegierten Verordnung müssen die Mitgliedstaaten der Kommission bis 15. Dezember jedes Jahres für das betreffende Antragsjahr Angaben zur Übernahme der Ökologisierungsverpflichtungen durch die Landwirte übermitteln. Die Erfahrung aus der Überwachung der Durchführung der Ökologisierung zeigt, dass darüber hinaus auch Angaben zu den Landwirten, die im Rahmen der Kleinerzeugerregelung von der Ökologisierung ausgenommen sind, und zur Fläche von in Natura-2000-Gebieten gelegenen Dauergrünland erforderlich sind, um ein klareres Bild der Ökologisierung und somit ihrer Umweltwirkung zu vermitteln. Artikel 65 Buchstabe c Ziffern ii und vi sollten daher entsprechend geändert werden. Außerdem wird vorgeschlagen, einen Buchstaben e einzufügen, um Informationen zu den von den Mitgliedstaaten festgelegten Zeiträumen für die Anbaudiversifizierung zu erheben.

3.1.4. Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

In Artikel 3 Absatz 1 wird vorgeschlagen, den Mitgliedstaaten für das Inkrafttreten der Änderungen der Ökologisierungsvorschriften Flexibilität zu gewähren, damit diese die notwendigen internen Vorkehrungen treffen können.

Außerdem sieht Artikel 3 Absatz 2 vor, Angaben zu den Änderungen einzuholen, die die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der vorgeschlagenen Verordnung an ihren Rechtsvorschriften vornehmen.

3.2. Zahlung für Junglandwirte

Artikel 49 Absatz 3 Buchstabe b der delegierten Verordnung sieht vor, dass „die Bezugnahme in Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 auf den erstmalig gestellten Beihilfeantrag im Rahmen der Basisprämienregelung oder der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung“ als Bezugnahme auf den „ersten ... Antrag auf die Zahlung im Rahmen der Regelung für Junglandwirte“ zu verstehen ist. Während Artikel 49 Absatz 3 Buchstabe b nicht auf Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe b der Grundverordnung Bezug nimmt, nimmt die zuletzt genannte Bestimmung Bezug auf „die Antragstellung gemäß Buchstabe a“. Dies könnte zu der Auslegung führen, dass die Ausnahme in Artikel 49 Absatz 3 Buchstabe b für den gesamten Artikel 50 Absatz 2 der Grundverordnung gilt und

namentlich dass der Junglandwirt in einer juristischen Person ebenfalls in dem Jahr, in dem er die Zahlung für Junglandwirte beantragt, das Alterskriterium erfüllen muss. Eine solche Auslegung würde zu einer unterschiedlichen Behandlung von juristischen und natürlichen Personen führen, wonach das Alterskriterium im Jahr der Erstbeantragung im Rahmen der Basisprämienregelung bzw. der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung erfüllt werden muss.

Es wird vorgeschlagen, dass Artikel 49 Absatz 3 Buchstabe b durch einen neuen Unterabsatz ergänzt wird, in dem klar ausgeführt ist, dass die Eintrittsaltersgrenze gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe b der Grundverordnung zu dem Zeitpunkt eingehalten sein sollte, zu dem die von einem Junglandwirt kontrollierte juristische Person erstmals im Rahmen der Basisprämienregelung oder der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung einen Antrag stellt.

Da mit dieser Änderung lediglich geltende Bestimmungen geklärt werden sollen, sollte die Änderung von Beginn des Antragsjahrs 2015 an gelten.

3.3. Einheitliche Flächenzahlung

Gemäß Artikel 64 Absatz 5 der delegierten Verordnung müssen die Mitgliedstaaten, die die Regelung für einheitliche Flächenzahlung anwenden, die Kommission bis zum 1. September jedes Jahres für das betreffende Antragsjahr über die Gesamtzahl der von den Betriebsinhabern im Rahmen dieser Regelung angemeldeten Hektarflächen unterrichten.

Diese Angaben kann die Kommission auch über die CATS⁵-Datenbank abrufen; wegen der späteren Mitteilungsfrist sind die CATS-Daten zuverlässiger, weswegen Artikel 64 Absatz 5 der delegierten Verordnung aufgehoben werden kann. Die Aufhebung sollte für die Mitteilungen für das Antragsjahr 2016 und die nachfolgenden Jahre gelten.

3.4. Fakultative gekoppelte Stützung

3.4.1. Jahresbericht

Gemäß Artikel 67 Absatz 2 der delegierten Verordnung teilen die Mitgliedstaaten für jede Maßnahme der gekoppelten Stützung der Kommission die Gesamtzahl der Begünstigten, die Höhe der gewährten Zahlungen sowie die Gesamtfläche oder die Gesamtzahl der Tiere mit, für die eine Stützung gezahlt wurde

Auf der Grundlage von Artikel 67 Absatz 1 der Grundverordnung berücksichtigt die Kommission bei verlangten Mitteilungen den Datenbedarf und die Synergien zwischen potenziellen Datenquellen.

Der Datenbedarf gemäß Artikel 67 Absatz 2 der delegierten Verordnung kann auch aus anderen Datenquellen gedeckt werden:

⁵ Artikel 9 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. L 227 vom 31.7.2014, S. 69).

Zum einen werden die Zahlenangaben des Jahresberichts (d. h. die Gesamtzahl der Begünstigten und die ermittelte Gesamtfläche oder Gesamtzahl der Tiere, für die die Stützung gezahlt wird) für Prüfzwecke auch via Statel/eDamis erhoben und können über CATS abgerufen werden. Zum anderen können die finanziellen Angaben des Jahresberichts (d. h. die Höhe der je Maßnahme gewährten Zahlungen) über AGREX⁶ auch den Finanzerklärungen der Mitgliedstaaten entnommen werden, allerdings erst ab dem Antragsjahr 2016.

Zur Vereinfachung der Mitteilungspflichten kann daher Artikel 67 Absatz 2 der delegierten Verordnung mit Wirkung vom Antragsjahr 2016 an aufgehoben werden (Fälligkeit des Jahresberichts: 15. September 2017), ohne dass die mit einem Risiko für die Überwachung der Durchführung durch die Mitgliedstaaten einherginge.

3.4.2. Berechnung des „Betrags je Einheit“

Gemäß Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 2 der delegierten Verordnung ergibt sich der Stützungsbetrag je Einheit aus dem Verhältnis zwischen den Finanzmitteln, die für die Finanzierung der betreffenden Maßnahme vorgesehen wurden, und entweder der anwendbaren Obergrenze oder der in dem betreffenden Jahr beihilfefähigen Fläche in Hektar bzw. Tierzahl. Diese Alternativen lassen den Mitgliedstaaten hinreichenden Spielraum für die Berechnung des Stützungsbetrags je Einheit. In dieser Bestimmung könnte jedoch weiter geklärt werden, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit der politischen Intention und zur potenziellen Steigerung der Effizienz der Maßnahmen der fakultativen gekoppelten Stützung auch beschließen können, einen Betrag pro Einheit anzuwenden, der innerhalb der Spanne der beiden vorgenannten Werte liegt, wenn die beihilfefähige Hektarfläche/Tierzahl unter der geltenden Höchstmenge liegt.

3.5. Bruchteile von Zahlungsansprüchen

Es wird vorgeschlagen, Artikel 24 Absatz 2 der delegierten Verordnung dahingehend zu spezifizieren, dass für die Zwecke von Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b der Grundverordnung ein Zahlungsanspruch oder ein Bruchteil eines Zahlungsanspruchs, der für eine Fläche aktiviert wird, die kleiner ist als die dem Zahlungsanspruch oder Bruchteil eines Zahlungsanspruchs entsprechende Fläche, als vollständig aktiviert gilt, jedoch nur Anspruch auf eine Zahlung gibt, die im Verhältnis zur Größe der ermittelten Fläche gemäß der Definition in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 23 der Verordnung (EU) Nr. 640/2014 berechnet wird.

3.6. Hanf

Der Inhalt von Artikel 45 und des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission sollte in die delegierte Verordnung übernommen werden, da er eher unter die Befugnisübertragung gemäß Artikel 35 Absatz 3 der

⁶ Artikel 10 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59).

Grundverordnung fällt. Außerdem müssen die Bestimmungen zur Berücksichtigung bestimmter Merkmale von als Zwischenfrucht angebautem Hanf angepasst werden.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

4.1. Ökologisierung

Keine

4.2. Zahlung für Junglandwirte

Keine

4.3. Einheitliche Flächenzahlung

Keine

4.4. Fakultative gekoppelte Stützung

Keine

4.5. Bruchteile von Zahlungsansprüchen

Keine

4.6. Hanf

Keine

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom 15.2.2017

zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 hinsichtlich der Kontrollmaßnahmen im Bereich des Hanfanbaus, bestimmter Vorschriften für die Ökologisierungszahlung, der Zahlung für Junglandwirte mit Kontrollbefugnis über eine juristische Person, der Berechnung des Betrags je Einheit im Rahmen der fakultativen gekoppelten Stützung, der Bruchteile von Zahlungsansprüchen und bestimmter Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung und der fakultativen gekoppelten Stützung sowie zur Änderung des Anhangs X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates⁷, insbesondere auf Artikel 35 Absätze 2 und 3, Artikel 44 Absatz 5 Buchstabe b, Artikel 46 Absatz 9 Buchstaben a und c, Artikel 50 Absatz 11, Artikel 52 Absatz 9 Buchstabe a und Artikel 67 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 ist die Kommission ermächtigt, delegierte Rechtsakte zur Festlegung von Vorschriften, durch die die Gewährung von Zahlungen von der Verwendung zertifizierten Saatguts bestimmter Hanfsorten abhängig gemacht wird, und zur Festlegung des Verfahrens für die Auswahl solcher Hanfsorten und zur Überprüfung ihres Gehalts an Tetrahydrocannabinol (THC) gemäß Artikel 32 Absatz 6 der Verordnung zu erlassen. Gegenwärtig schreibt Artikel 9 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission⁸ lediglich die Verwendung von Saatgutsorten, die im „Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten“ aufgeführt sind, und von Saatgut

⁷ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608.

⁸ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des Anhangs X der genannten Verordnung (ABl. L 181 vom 20.6.2014, S. 1).

vor, das gemäß der Richtlinie 2002/57/EG des Rates⁹ zertifiziert ist. Die derzeit in Artikel 45 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission¹⁰ und in deren Anhang enthaltenen Vorschriften für die Auswahl von Hanfsorten und die Überprüfung ihres THC-Gehalts sollten in Artikel 9 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 übernommen werden.

- (2) Die Vorschriften für die Auswahl von Hanfsorten und die Überprüfung des THC-Gehalts beruhen auf der Annahme, dass Hanf als Hauptkultur angebaut wird, sind jedoch nicht in allen Punkten für den Anbau von Hanf als Zwischenfrucht geeignet. Da sich diese Anbaumethode für Nutzhanf als geeignet erwiesen hat und sie mit den Umwelanforderungen vereinbar ist, ist es gerechtfertigt, beide Bestimmungen anzupassen, um den Besonderheiten von als Zwischenfrucht angebautem Hanf Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich auch, als Zwischenfrucht angebauten Hanf zu definieren.
- (3) Artikel 24 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 enthält die Anforderungen an die Aktivierung von Zahlungsansprüchen. Um divergierende Auslegungen zu vermeiden, ist klarzustellen, dass für die Zwecke von Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 auch ein Bruchteil einer Zahlungsverpflichtung als vollständig aktiviert gilt. Es sollte jedoch ausdrücklich festgelegt werden, dass die Zahlung auf der Grundlage des entsprechenden Bruchteils eines Hektars beihilfefähiger Fläche berechnet wird.
- (4) Die Vorschriften der Artikel 38 bis 48 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 ergänzen die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 bezüglich der „Standard-Ökologisierungsmethoden“. Auf der Grundlage der im ersten Jahr der Anwendung dieser Methoden gesammelten Erfahrungen müssen diese Bestimmungen in bestimmten Punkten geändert werden, um die Anwendung der Ökologisierungsmethoden für Betriebsinhaber und nationale Verwaltungen zu vereinfachen und gleichzeitig die Umwelt- und Klimawirkung aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Die Änderungen sollten insbesondere zu den in den Schlussfolgerungen zur Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020¹¹ genannten Maßnahmen beitragen und Fortschritte bei der Ausdehnung von landwirtschaftlich genutzten Flächen ermöglichen, die von biodiversitätsbezogenen Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik profitieren.
- (5) In den Bestimmungen über die Berechnung der Anteile der verschiedenen Kulturpflanzen für die Anbaudiversifizierung in Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 beruht der Zeitraum für die Anbaudiversifizierung auf den traditionellen Anbaumethoden in den Mitgliedstaaten. Den Mitgliedstaaten sollte gestattet werden, verschiedene Zeiträume auf regionaler oder subregionaler Ebene festzulegen, um den möglicherweise unterschiedlichen klimatischen Verhältnissen im

⁹ Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74).

¹⁰ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. L 227 vom 31.7.2014, S. 69).

¹¹ COM (2015) 478 final, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020.

Gebiet eines Mitgliedstaats Rechnung zu tragen. In einigen besonderen Fällen, in denen auf einer kleinen Fläche eine Vielzahl von Kulturpflanzen vorliegt, sollte es zur Vereinfachung der Meldung der angebauten Kulturpflanzen möglich sein, diese als eine einzige Mischkultur zu melden.

- (6) Für brachliegende Flächen ist die Festlegung eines Zeitraums in Artikel 45 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014, in dem keine landwirtschaftliche Erzeugung stattfinden sollte, von grundlegender Bedeutung, um die ökologische Wirksamkeit solcher Flächen zu gewährleisten und jede Verwechslung mit anderen Flächen wie Grünland zu vermeiden. Um den unterschiedlichen agro-klimatischen Bedingungen innerhalb der Union Rechnung zu tragen, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, diesen Zeitraum so festzulegen, dass die Betriebsinhaber vor Jahresende den Anbau von Hauptkulturen wieder aufnehmen können. Ein solcher Zeitraum sollte jedoch nicht kürzer als sechs Monate sein, um den Zielen der ökologischen Wirksamkeit gerecht zu werden und eine Verwechslung mit anderen Flächen auszuschließen.
- (7) Die Unterscheidung zwischen einigen der in Artikel 45 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 aufgeführten verschiedenen Landschaftselementen ist für die Landwirte bei der Meldung von im Umweltinteresse genutzten Flächen eine Quelle der Unsicherheit. Um diese Unsicherheit zu verringern, die Verwaltung der Regelung durch die Behörden der Mitgliedstaaten zu vereinfachen und die Komplexität zu beheben, die sich für Landwirte bei der Erklärung von im Umweltinteresse genutzten Flächen ergibt, sollten Hecken und Gehölzstreifen gemäß Buchstabe a der genannten Bestimmung und in Reihe stehende Bäume gemäß Buchstabe c der Bestimmung zu einer einzigen Art von Landschaftselementen zusammengefasst werden, für die eine einzige Größenbeschränkung gilt. Aus denselben Gründen sollten außerdem die in Artikel 45 Absatz 4 Buchstabe d der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 genannten Flächen unter dem Begriff Feldgehölze zusammengefasst werden.
- (8) Auch wenn, wie im Erwägungsgrund 51 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 vorgesehen, Höchstabmessungen für Landschaftselemente festgelegt werden müssen, damit gewährleistet ist, dass die Fläche überwiegend landwirtschaftlich genutzt wird, sollten solche Größenbeschränkungen nicht dazu führen, dass Elemente ausgeschlossen werden, die diese Abmessungen überschreiten, jedoch für die Biodiversität wertvoll sind. Deswegen sollte die Fläche, die gemäß Artikel 45 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 als Landschaftselement eingestuft werden kann, bis zu den Höchstabmessungen des Elements berechnet werden.
- (9) Wegen des hohen Umweltnutzens der in Artikel 45 Absatz 4 Unterabsatz 5 und Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 genannten Ufervegetationsstreifen empfiehlt es sich festzulegen, dass alle Ufervegetationsstreifen für die Berechnung der im Umweltinteresse genutzten Flächen herangezogen werden sollten.
- (10) Aus denselben Gründen, wie sie in den Erwägungsgründen 7 und 8 in Bezug auf Artikel 45 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 aufgeführt werden, sollten die derzeit unter Buchstabe e genannten Feldränder mit den Pufferstreifen gemäß Artikel 45 Absatz 5 der Verordnung zusammengefasst und sollte

für Pufferstreifen und Feldränder eine einzige Größenbeschränkung festgelegt werden. Solche Höchstabmessungen für Pufferstreifen und Feldränder sollten sich auf die Fläche beziehen, die als Pufferstreifen und Feldränder gemäß Artikel 45 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 eingestuft werden kann. Um den Betriebsinhabern höchstmögliche Flexibilität zu bieten, sollte die Definition von Pufferstreifen im Rahmen von GLÖZ 1, GAB 1 oder GAB 10 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und von im Rahmen von GLÖZ 7, GAB 2 oder GAB 3 des Anhangs geschützten Feldrändern durch weitere Pufferstreifen und Feldränder, d. h. alle Arten von Streifen ergänzt werden, die nach den Cross-Compliance-Vorschriften nicht in diese beiden Kategorien fallen.

- (11) Gemäß Artikel 46 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 dürfen an Ackerland angrenzende Landschaftselemente und Pufferstreifen als im Umweltinteresse genutzte Flächen betrachtet werden. Um den Umweltnutzen von Landschaftselementen und Pufferstreifen gemäß Artikel 45 Absätze 4 und 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 zu maximieren und den Schutz und die Erhaltung zusätzlicher Elemente zu fördern, sollte diese Bestimmung durch Vorschriften ergänzt werden, die Flexibilität bieten, indem andere ökologisch wertvolle Elemente berücksichtigt werden, die der Definition dieser Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen genügen und nicht an das Ackerland des Betriebs angrenzen. Wenn solche Pufferstreifen und Feldränder oder Landschaftselemente an die im Umweltinteresse genutzte Fläche angrenzen, die direkt an das Ackerland des Betriebs angrenzt, sollten sie deswegen ebenfalls als im Umweltinteresse genutzte Fläche anerkannt werden.
- (12) Aus denselben Gründen, wie sie in den Erwägungsgründen 7 und 8 in Bezug auf Artikel 45 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 aufgeführt werden, sollten sich die Höchstabmessungen für beihilfefähige Hektarstreifen an Waldrändern gemäß Artikel 45 Absatz 7 der Verordnung auf die Fläche beziehen, die nach jener Bestimmung als solche Streifen eingestuft werden kann.
- (13) Im Lichte der Bestimmungen von Artikel 46 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 empfiehlt es sich klarzustellen, dass die Festlegung von Anforderungen für den Einsatz mineralischer Düngemittel und/oder Pflanzenschutzmittel nur dann relevant ist, wenn solche Produktionsmittel zulässig sind.
- (14) Die geltende Frist für die Aussaat von Zwischenfrüchten oder Gründecke gemäß Artikel 45 Absatz 9 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 ist nicht immer mit den agronomischen und klimatischen Bedingungen vereinbar. Um die Umweltziele dieser Art von im Umweltinteresse genutzten Flächen besser zu verwirklichen, empfiehlt es sich, die Frist für die Aussaat von Zwischenfrüchten oder Gründecke durch einen Mindestzeitraum zu ersetzen, in dem Flächen mit Zwischenfrüchten oder Gründecke bestellt sein müssen. Um die notwendige Flexibilität zu bieten, damit saisonalen Witterungsbedingungen Rechnung getragen werden kann, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, diesen Zeitraum auf der geeignetsten geografischen Ebene festzulegen. Da es jedoch für die tatsächliche Aufnahme von Nitratrückständen und die Bodenbedeckung bis zur Bedeckung der Fläche durch die Hauptkultur entscheidend ist, wie lange Zwischenfrüchte und Gründecke auf dem Boden verbleiben, sollte die Mindestdauer des Zeitraums auf Unionsebene festgelegt werden. Um die Übereinstimmung mit der Auslegung der in

Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 enthaltenen Begriffsbestimmung von Gras und anderen Grünfütterpflanzen sicherzustellen, sollte die Untersaat mit Leguminosen ebenfalls zulässig sein. Um die Übereinstimmung zwischen gleichwertigen Methoden, für die Verpflichtungen und Zertifizierungssysteme gemäß Artikel 43 Absatz 3 Buchstaben a und b der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gelten, sicherzustellen, sollten darüber hinaus die Vorschriften für die Einstufung von Zwischenfrüchten oder Gründücke als im Umweltinteresse genutzte Flächen angeglichen werden.

- (15) Selbst wenn grundsätzlich nur Flächen mit Reinsaat stickstoffbindender Pflanzen als im Umweltinteresse genutzte Flächen eingestuft werden sollten, empfiehlt es sich angesichts der Tatsache, dass bei traditionellen Anbaumethoden solche Pflanzen oft mit anderen Pflanzen vermischt sind, im Rahmen von Artikel 45 Absatz 10 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 zu gestatten, dass mit Mischungen bestellte Flächen ebenfalls als im Umweltinteresse genutzte Flächen eingestuft werden dürfen, sofern sichergestellt ist, dass die stickstoffbindenden Pflanzen in solchen Mischungen vorherrschen. Aufgrund der Erfahrung mit der Anwendung von Artikel 45 Absatz 10 Unterabsatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 und angesichts der Umsetzung der Richtlinie 91/676/EWG des Rates¹² und der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates¹³ erübrigt es sich, spezielle Vorschriften für den Standort dieser stickstoffbindenden Pflanzen vorzuschreiben. Um die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Minderung des Risikos der Stickstoffauswaschung im Herbst zu stärken, sollte den Mitgliedstaaten stattdessen gestattet werden, erforderlichenfalls zusätzliche Bedingungen für stickstoffbindende Pflanzen aufzustellen. Um die Übereinstimmung zwischen gleichwertigen Methoden, für die Verpflichtungen und Zertifizierungssysteme gemäß Artikel 43 Absatz 3 Buchstaben a und b der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gelten, sicherzustellen, sollten darüber hinaus die Vorschriften für die Einstufung von stickstoffbindenden Kulturen als im Umweltinteresse genutzte Flächen angeglichen werden.
- (16) Die Erfahrung mit der Anwendung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 hat gezeigt, dass für einige Bestimmungen über die Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen nähere Einzelheiten zu der Anforderung „keine Erzeugung“ erforderlich sind, einschließlich Vorschriften über die Schnittnutzung und Beweidung, damit die Biodiversitätsziele erreicht werden und die Übereinstimmung mit anderen Instrumenten der Gemeinsamen Agrarpolitik sichergestellt ist. Insbesondere was die Anforderung „keine landwirtschaftliche Erzeugung“ für die in Artikel 45 Absatz 2, Absatz 4 Buchstabe e und die Absätze 5 und 7 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 genannten Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen anbelangt, sollte klargestellt werden, dass Erzeugung als landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 zu verstehen ist und nicht im weiteren Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c Ziffern ii und iii der genannten Verordnung, und dass diese Anforderung die Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung im Rahmen von GLÖZ 4 gemäß

¹² Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1).

¹³ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nicht berührt. Darüber hinaus sollten Maßnahmen der Betriebsinhaber, insbesondere zur Erleichterung der Bestäubung sowie zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität, die darauf abzielen, eine Gründecke anzulegen und die beispielsweise unter eine Agrarumwelt- und Klimaverpflichtung fallen, gefördert werden, um den Umweltnutzen zu maximieren.

- (17) Da es sich bei den drei wichtigsten Arten von Flächen, die die Betriebsinhaber im ersten Jahr der Anwendung von Artikel 46 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 als im Umweltinteresse genutzte Flächen gemeldet haben, um Flächen handelt, die zur Erzeugung genutzt werden oder werden können, nämlich brachliegende Flächen, Flächen mit Zwischenfrüchten oder Gründecke und Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen, ist es wahrscheinlich, dass auf im Umweltinteresse genutzten Flächen Produktionsmittel zum Einsatz kommen. Um die Biodiversität im Einklang mit den Ökologisierungsziele zu erhalten und zu verbessern, empfiehlt es sich daher, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf den folgenden im Umweltinteresse genutzten Flächen, die zur Erzeugung genutzt werden oder werden können, zu verbieten: brachliegende Flächen, beihilfefähige Hektarstreifen an Waldrändern mit Erzeugung, Flächen mit Zwischenfrüchten oder Gründecke und Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen. Wird die Zwischenkultur oder die Gründecke durch Untersaat von Gras oder Leguminosen unter die Hauptkultur angelegt, sollte dieses Verbot aus Gründen der Verhältnismäßigkeit vom Zeitpunkt der Ernte der Hauptkultur gelten, um Auswirkungen auf die Bewirtschaftung der Hauptkultur zu vermeiden. Um die Kohärenz des Verbots mit den gängigen agronomischen Verfahren sicherzustellen, um für Rechtssicherheit zu sorgen und um Verwaltungsprobleme für Landwirte und nationale Verwaltungen zu vermeiden, sollte präzisiert werden, dass das Verbot für die Untersaat zumindest für einen Mindestzeitraum, der dem Mindestzeitraum entspricht, während dessen Flächen mit Zwischenfrucht oder Gründecke bestellt bleiben müssen, wenn diese durch Aussaat einer Kulturpflanzenmischung angelegt werden, oder bis zur Aussaat der nächsten Hauptkultur gelten sollte.
- (18) Artikel 49 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 enthält die Vorschriften, nach denen juristische Personen Zugang zur Zahlung für Junglandwirte gemäß Artikel 50 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 haben. Aufgrund der Erfahrung bei der Anwendung von Artikel 49 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 sollte näher geklärt werden, wie die Anforderung in Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf den Zeitpunkt auszulegen ist, an dem ein Junglandwirt, der eine juristische Person wirksam und langfristig kontrolliert, die Altersgrenze einhalten muss. Insbesondere empfiehlt es sich klarzustellen, dass der Junglandwirt die Altersgrenze von 40 Jahren in dem Jahr einhalten muss, in dem die von einem Junglandwirt kontrollierte juristische Person erstmals einen Antrag im Rahmen der Basisprämienregelung oder der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung stellt.
- (19) Gemäß Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 ergibt sich der Betrag je Einheit der fakultativen gekoppelten Stützung aus dem Verhältnis zwischen dem Betrag, der für die Finanzierung der betreffenden Maßnahme festgesetzt wurde, und entweder der Obergrenze gemäß Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 1 oder der in dem betreffenden Jahr festgelegten beihilfefähigen Fläche in Hektar bzw. Tierzahl. Es empfiehlt sich, die Bestimmung so umzuformulieren, dass die Mitgliedstaaten den Betrag je Einheit als einen Wert

innerhalb der Spanne zwischen diesen beiden Werten festsetzen können, wenn die Zahl der beihilfefähigen Einheiten unter der Obergrenze liegt.

- (20) Gemäß Artikel 64 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 müssen Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 anwenden, die Kommission bis zum 1. September jedes Jahres über die Gesamtzahl der von den Betriebsinhabern im Rahmen dieser Regelung angemeldeten Hektarflächen unterrichten. Diese Angabe wird der Kommission jedoch jährlich gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 mit mehr Einzelheiten übermittelt. Artikel 64 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 kann daher gestrichen werden.
- (21) Aufgrund der Erfahrung der Kommission mit der Verwaltung der Mitteilungen im Zusammenhang mit der Ökologisierung gemäß Artikel 65 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 sollte deren Inhalt in Bezug auf die Ökologisierungsbestimmungen der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 in der mit der vorliegenden Verordnung geänderten Fassung angepasst werden.
- (22) Im Einklang mit Artikel 67 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 müssen die Mitgliedstaaten der Kommission für jede gekoppelte Stützungsmaßnahme und jede spezifische Landwirtschaftsform bzw. jeden spezifischen Agrarsektor die Gesamtzahl der Begünstigten, die Höhe der gewährten Zahlungen sowie die Gesamtfläche und die Gesamtzahl der Tiere mitteilen, für die tatsächlich eine Stützung gezahlt wurde.
- (23) Ab dem Antragsjahr 2015 teilen die Mitgliedstaaten im Einklang mit Artikel 9 Absätze 1 und 3 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 die für jede Maßnahme der fakultativen gekoppelten Stützung angegebene und ermittelte Gesamtzahl der Begünstigten, Gesamtfläche oder Gesamtzahl der Tiere mit. Ab dem Antragsjahr 2016 wird der Betrag der für jede Maßnahme der gekoppelten Stützung gewährten Zahlungen in die Übermittlung der Informationen durch die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 10 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission¹⁴ aufgenommen. Daher sollte Artikel 67 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 639/2014 gestrichen werden.
- (24) Die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 639/2014 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (25) Als Folge der Änderung gewisser Bestimmungen der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 in Bezug auf die Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen muss Anhang X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 geändert werden, indem insbesondere die Liste der Arten von im Umweltinteresse genutzten Flächen und erforderlichenfalls die entsprechenden Faktoren angepasst werden. In Erwägungsgrund 45 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 wird auf die Bedeutung hingewiesen, die der

¹⁴ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59).

Kohärenz bei der Errichtung der im Umweltinteresse genutzten Flächen zukommt. Deswegen müssen die Umrechnungs- und Gewichtungsfaktoren für die gleichwertigen Methoden mit den Faktoren übereinstimmen, die für vergleichbare oder identische Standardmethoden gelten. Im Interesse der Rechtssicherheit und der Gleichbehandlung von Betriebsinhabern sollte Anhang X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 entsprechend geändert werden.

- (26) Diese Verordnung sollte am dritten Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten. Da die Klarstellung von Artikel 49 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 und die Neuformulierung von Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung eine Auslegung widerspiegeln, die diese Bestimmungen seit der Anwendung der Verordnung erhalten haben, sollten diese Änderungen rückwirkend anwendbar sein. In Anbetracht der Zeit, die die nationalen Behörden benötigen, um ihre bestehenden Verwaltungsinstrumente zu aktualisieren und um die Betriebsinhaber hinreichend früh über die in dieser Verordnung enthaltenen Änderungen der Ökologisierungsvorschriften zu informieren, sollten diese Änderungen erst auf Beihilfeanträge für die Kalenderjahre ab dem 1. Januar 2018 anwendbar sein. Die Mitgliedstaaten sollten jedoch die Möglichkeit haben, sie auf Beihilfeanträge für das Kalenderjahr 2017 anzuwenden, soweit sie dabei berücksichtigen, dass jede derartige Entscheidung aus Sicht der Betriebsinhaber kohärent sein sollte. Es ist die Verpflichtung vorzusehen, Folgeänderungen mitzuteilen, die sich für frühere Mitteilungen zu diesem Kalenderjahr ergeben –

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014

Die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 639/2014 wird wie folgt geändert:

- (1) Artikel 9 erhält folgende Fassung:

„Artikel 9 Hanf

1. Für die Anwendung von Artikel 32 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 ist die Beihilfefähigkeit von zum Hanfanbau genutzten Flächen von der Verwendung der Saatgutsorten abhängig, die am 15. März des Jahres, für das die Zahlung gewährt wird, im „Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten“ aufgeführt sind und gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2002/53/EG des Rates* veröffentlicht werden. Das Saatgut muss gemäß der Richtlinie 2002/57/EG des Rates** zertifiziert sein.
2. Die Mitgliedstaaten richten das System zur Bestimmung des Δ 9-Tetrahydrocannabinol-Gehalts (im Folgenden der „THC-Gehalt“) von Hanfsorten ein, das es ihnen ermöglicht, die in Anhang III enthaltene Methode anzuwenden.
3. Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats bewahrt die Aufzeichnungen über die Feststellungen im Zusammenhang mit dem THC-Gehalt auf. Diese Aufzeichnungen umfassen für jede Sorte zumindest den ermittelten THC-Gehalt jeder Probe, ausgedrückt als Prozentsatz mit zwei Dezimalstellen, das angewendete Verfahren,

die Zahl der durchgeführten Analysen, den Zeitpunkt der Probenahme und die auf nationaler Ebene getroffenen Maßnahmen.

4. Überschreitet der durchschnittliche THC-Gehalt aller Proben einer bestimmten Sorte den in Artikel 32 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgesetzten Gehalt, so wenden die Mitgliedstaaten auf die betreffende Sorte während des folgenden Antragsjahres das in Anhang III der vorliegenden Verordnung beschriebene Verfahren B an. Dieses Verfahren wird während der nächsten Antragsjahre angewendet, es sei denn, alle Analyseergebnisse für die betreffende Sorte weisen einen THC-Gehalt aus, der unter dem in Artikel 32 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgesetzten Gehalt liegt.
5. Überschreitet der durchschnittliche THC-Gehalt aller Proben einer bestimmten Sorte in zwei aufeinander folgenden Jahren den in Artikel 32 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgesetzten Gehalt, so beantragt der betreffende Mitgliedstaat bei der Kommission die Ermächtigung, das Inverkehrbringen dieser Sorte gemäß Artikel 18 der Richtlinie 2002/53/EG des Rates zu verbieten. Dieser Antrag wird im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 792/2009 der Kommission*** bis spätestens 15. Januar des folgenden Antragsjahrs übermittelt. Ab diesem Antragsjahr können für die unter diesen Antrag fallende Sorte in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Direktzahlungen mehr geleistet werden.
6. Für die Zwecke dieser Verordnung bedeutet „als Zwischenfrucht angebaute Hanf“ nach dem 30. Juni eines bestimmten Jahres ausgesäte Hanfpflanzen.
7. Hanfpflanzen müssen unter normalen Wachstumsbedingungen nach ortsüblichen Normen mindestens bis zehn Tage nach Ende der Blüte gepflegt werden, sodass die für die Anwendung dieses Artikels erforderlichen Kontrollen vorgenommen werden können. Als Zwischenfrucht angebaute Hanf muss unter normalen Wachstumsbedingungen nach ortsüblichen Normen mindestens bis zum Ende der Vegetationsperiode gepflegt werden.

Die Mitgliedstaaten können allerdings zulassen, dass Hanf nach Beginn der Blüte, jedoch vor Ablauf des zehntägigen Zeitraums nach Ende der Blüte geerntet wird, sofern die Kontrollbeauftragten für jede Parzelle die repräsentativen Teile angeben, die im Hinblick auf die Kontrolle gemäß dem Verfahren des Anhangs III mindestens bis zehn Tage nach Ende der Blüte gepflegt werden müssen.

*Richtlinie 2002/53/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 1).

**Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74).

***Verordnung (EG) Nr. 792/2009 der Kommission vom 31. August 2009 mit Durchführungsvorschriften zu den von den Mitgliedstaaten an die Kommission zu übermittelnden Informationen und Dokumenten im Zusammenhang mit der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte, den Regeln für Direktzahlungen, der Förderung des Absatzes von Agrarerzeugnissen und den Regelungen für die

Regionen in äußerster Randlage und die kleineren Inseln des Ägäischen Meeres (ABl. L 228 vom 1.9.2009, S. 3).“

(2) Artikel 24 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Meldet ein Betriebsinhaber eine Anzahl von Zahlungsansprüchen an, die seine gemäß Artikel 33 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 angemeldete förderfähige Gesamtfläche überschreiten, so gilt der Zahlungsanspruch oder der Bruchteil eines Zahlungsanspruchs, der diese förderfähige Fläche teilweise überschreitet, für die Anwendung von Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b der genannten Verordnung als vollständig aktiviert. Die Zahlung wird jedoch auf der Grundlage des entsprechenden Bruchteils eines Hektars beihilfefähiger Fläche berechnet.“

(3) Artikel 40 wird wie folgt geändert:

(a) In Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Dieser Zeitraum kann auf nationaler, regionaler oder der geeigneten subregionalen Ebene festgelegt werden.“

(b) In Absatz 3 wird folgender Unterabsatz 4 angefügt:

„Die Mitgliedstaaten können Flächen, auf denen verschiedene Kulturpflanzen nebeneinander wachsen und jede einzelne Kultur eine Fläche bedeckt, die kleiner ist als die gemäß Artikel 72 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 von dem Mitgliedstaat festgelegte Mindestgröße, als mit einer einzigen ‚Mischkultur‘ gemäß Unterabsatz 3 des vorliegenden Absatzes bedeckt betrachten.“

(4) Artikel 45 wird wie folgt geändert:

(a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Auf brachliegenden Flächen darf keine landwirtschaftliche Erzeugung stattfinden. Die Mitgliedstaaten legen einen Zeitraum fest, in dem die Flächen in einem Kalenderjahr brachliegen müssen. Dieser Zeitraum darf nicht weniger als sechs Monate betragen. Abweichend von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe h der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 bleiben Flächen, die mehr als fünf Jahre als im Umweltinteresse genutzte Flächen brachliegen, Ackerland.“

(b) Die Absätze 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„4. Landschaftselemente müssen dem Betriebsinhaber zur Verfügung stehen und können die Elemente sein, die im Rahmen von GLÖZ 7 bzw. GAB 2 oder GAB 3 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 geschützt sind, und/oder eines oder mehrere der folgenden Elemente:

- (a) Hecken, Gehölzstreifen oder in Reihe stehende Bäume;
- (b) einzeln stehende Bäume;
- (c) Feldgehölze, einschließlich Bäume, Sträucher oder Steine;

- (d) Teiche. Wasserbecken aus Beton oder Kunststoff gelten nicht als im Umweltinteresse genutzte Flächen;
- (e) Gräben, einschließlich offener Wasserläufe zu Bewässerungs- oder Entwässerungszwecken. Kanäle mit Betonwänden gelten nicht als im Umweltinteresse genutzte Flächen;
- (f) traditionelle Steinmauern.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, die ausgewählten Landschaftselemente auf die im Rahmen von GLÖZ 7 bzw. GAB 2 oder GAB 3 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 aufgeführten Elemente und/oder auf eines oder mehrere der in Unterabsatz 1 Buchstaben a bis f enthaltenen Elemente zu begrenzen.

Bei Hecken, Gehölzstreifen und in Reihe stehenden Bäumen sowie bei Gräben gemäß Unterabsatz 1 Buchstaben a und e wird die als im Umweltinteresse genutzte Fläche bis zu einer maximalen Breite von 10 Metern berechnet.

Bei Feldgehölzen und Teichen gemäß Unterabsatz 1 Buchstaben c und d wird die als im Umweltinteresse genutzte Fläche bis zu einer maximalen Größe von 0,3 Hektar berechnet.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe d können die Mitgliedstaaten eine Mindestgröße für Teiche vorschreiben. Ist entlang des Wassers ein Ufervegetationsstreifen vorhanden, so wird die betreffende Fläche in die Berechnung der im Umweltinteresse genutzten Fläche einbezogen. Die Mitgliedstaaten können unter Berücksichtigung der Bedeutung natürlicher Teiche für die Erhaltung von Lebensräumen und Arten Kriterien festsetzen, um sicherzustellen, dass die Teiche einen Naturwert haben.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe f setzen die Mitgliedstaaten Mindestkriterien auf der Grundlage nationaler oder regionaler Gegebenheiten, einschließlich Höhen- und Breitenbegrenzungen, fest.

5. Pufferstreifen und Feldränder können alle Pufferstreifen und Feldränder sein, einschließlich der im Rahmen von GLÖZ 1 bzw. GAB 1 oder GAB 10 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 geforderten Pufferstreifen entlang von Wasserläufen oder der im Rahmen von GLÖZ 7 bzw. GAB 2 oder GAB 3 gemäß demselben Anhang geschützten Feldränder.

Die Mitgliedstaaten dürfen die Auswahl von Pufferstreifen und Feldrändern nicht auf diejenigen beschränken, die im Rahmen der in Unterabsatz 1 genannten Cross-Compliance-Regeln verlangt werden.

Die Mitgliedstaaten legen die Mindestbreite von Pufferstreifen und Feldrändern fest, die für die Zwecke der im Umweltinteresse genutzten Flächen nicht weniger als 1 Meter betragen darf. Entlang von Wasserläufen wird Ufervegetation in die Berechnung der im Umweltinteresse genutzten Fläche einbezogen. Auf Pufferstreifen und Feldrändern darf keine landwirtschaftliche Erzeugung stattfinden.

Bei Pufferstreifen und Feldrändern, die nicht im Rahmen von GLÖZ 1, GLÖZ 7, GAB 1, GAB 2, GAB 3 oder GAB 10 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 gefordert oder geschützt sind, wird die als im Umweltinteresse genutzte Fläche bis zu einer maximalen Breite von 20 Metern berechnet.“

(c) Folgender Absatz 5a wird eingefügt:

„5a. Für die Anwendung von Artikel 46 Absatz 2 Unterabsatz 2 Satz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gelten die in den Absätzen 4 und 5 der vorliegenden Artikels genannten Flächen als angrenzende Flächen oder Elemente, wenn sie an eine im Umweltinteresse genutzte Fläche angrenzen, die unmittelbar an das Ackerland des Betriebs angrenzt.“

(d) Die Absätze 7 bis 10 erhalten folgende Fassung:

„7. Hinsichtlich der beihilfefähigen Hektarstreifen an Waldrändern können die Mitgliedstaaten beschließen, ob landwirtschaftliche Erzeugung zulässig ist, ob keine landwirtschaftliche Erzeugung zulässig ist oder ob den Betriebsinhabern beide Optionen angeboten werden. Die Mitgliedstaaten legen die Mindestbreite dieser Streifen fest, die nicht weniger als 1 Meter betragen darf.

Die als im Umweltinteresse genutzte Fläche einzustufende Fläche wird bis zu einer Höchstbreite von 10 Metern berechnet, wenn die Mitgliedstaaten beschließen, landwirtschaftliche Erzeugung zuzulassen, und 20 Metern, wenn die Mitgliedstaaten beschließen, keine landwirtschaftliche Erzeugung zuzulassen.

8. Für Flächen mit Niederwald mit Kurzumtrieb ohne Verwendung mineralischer Düngemittel und/oder von Pflanzenschutzmitteln erstellen die Mitgliedstaaten eine Liste der Arten, die hierfür verwendet werden dürfen, indem sie aus der Liste gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 die aus ökologischer Sicht am besten geeigneten Arten auswählen und dabei eindeutig nicht heimische Arten ausschließen. Die Mitgliedstaaten legen auch die Anforderungen für den Einsatz mineralischer Düngemittel und/oder Pflanzenschutzmittel fest, wenn die Mitgliedstaaten deren Einsatz gestatten, und behalten dabei die Zielsetzung im Umweltinteresse genutzter Flächen im Blick, insbesondere den Erhalt und die Verbesserung der biologischen Vielfalt.

9. Die Flächen mit Zwischenfruchtanbau oder Gründecke umfassen nach Maßgabe von GAB 1 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 angelegte Flächen sowie andere Flächen mit Zwischenfruchtanbau oder Gründecke, sofern sie durch Einsaat einer Kulturpflanzenmischung oder durch Untersaat von Gras oder Leguminosen in die Hauptkultur angelegt wurden.

Die Mitgliedstaaten erstellen die Liste der zu verwendenden Kulturpflanzenmischungen und legen auf nationaler, regionaler, subregionaler oder betrieblicher Ebene den Zeitraum fest, in dem Flächen mit Zwischenfrüchten oder einer Gründecke bestellt sein müssen, wenn die Flächen durch Aussaat einer Kulturpflanzenmischung angelegt wurden. Dieser Zeitraum beträgt mindestens acht Wochen. Die Mitgliedstaaten können zusätzliche Bedingungen festlegen, insbesondere hinsichtlich der Produktionsmethoden.

Nicht zu den Flächen mit Zwischenfruchtanbau oder Gründecke gehören Winterkulturen, die in der Regel im Herbst zu Ernte- oder Weidezwecken eingesät werden. Ebenfalls nicht inbegriffen sind Flächen, die unter die in Anhang IX Abschnitt I Nummern 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 aufgeführten gleichwertigen Methoden fallen.

10. Auf Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen bauen die Betriebsinhaber die stickstoffbindenden Pflanzen an, die in einer vom Mitgliedstaat aufgestellten Liste aufgeführt sind. Diese Liste enthält die stickstoffbindenden Pflanzen, bei denen der Mitgliedstaat davon ausgeht, dass sie zur Verbesserung der biologischen Vielfalt beitragen, und kann Mischungen

von stickstoffbindenden Pflanzen und anderen Pflanzen einschließen, sofern die stickstoffbindenden Pflanzenarten vorherrschen. Diese Pflanzen müssen während der Vegetationsperiode vorhanden sein. Die Mitgliedstaaten können zusätzliche Vorschriften für die Produktionsmethoden aufstellen, insbesondere um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, die Ziele der Richtlinie 91/676/EWG und der Richtlinie 2000/60/EG zu berücksichtigen, da bei stickstoffbindenden Pflanzen die Gefahr von Stickstoffauswaschungen im Herbst möglicherweise erhöht ist.

Nicht zu den Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen gehören Flächen, die unter die in Anhang IX Abschnitt I Nummern 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 aufgeführten gleichwertigen Methoden fallen.“

(e) Folgende Absätze 10 a, 10b und 10c werden eingefügt:

„10a. Unbeschadet der im Rahmen von GLÖZ 4 gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 festgelegten Anforderungen bedeutet für die Zwecke der Absätze 2, 5 und 7 ‚keine landwirtschaftliche Erzeugung‘ keine landwirtschaftliche Tätigkeit gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013. Zulässig sind Maßnahmen zur Schaffung einer Gründecke für Biodiversitätszwecke, einschließlich der Aussaat von Wildblumenmischungen.

Abweichend von der Anforderung ‚keine Erzeugung‘ können die Mitgliedstaaten für die Zwecke der Absätze 5 und 7 die Schnittnutzung oder Beweidung von Pufferstreifen und Feldrändern sowie von den förderfähigen Hektarstreifen an Waldrändern ohne Erzeugung gestatten, sofern der Streifen weiterhin von der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Fläche unterschieden werden kann.

10b. Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist auf allen in den Absätzen 2, 9 und 10 genannten Flächen sowie auf Flächen mit landwirtschaftlicher Erzeugung gemäß Absatz 7 verboten.

10c. Auf Flächen gemäß Absatz 9, die durch die Untersaat von Gras oder Leguminosen unter die Hauptkultur angelegt wurden, gilt das Verbot vom Zeitpunkt der Ernte der Hauptkultur für mindestens acht Wochen oder bis zur Aussaat der nächsten Hauptkultur.“

(5) In Artikel 49 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Ein Junglandwirt, der die juristische Person im Sinne von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b wirksam und langfristig kontrolliert, darf für die Zwecke von Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 in dem Jahr, in dem die von einem Junglandwirt kontrollierte juristische Person den ersten Antrag im Rahmen der Basisprämienregelung oder der Regelung für die einheitliche Flächenzahlung stellt, nicht älter als 40 Jahre sein.“

(6) Artikel 53 Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die jährliche Zahlung wird als Stützungsbetrag je Einheit angegeben. Sie besteht entweder aus einem der nachstehend genannten Beträge oder, wenn die förderfähige Fläche oder die förderfähige Tierzahl die Fläche bzw. die Tierzahl gemäß Unterabsatz 1 nicht übersteigt, aus einem dazwischen liegenden Betrag:

- (a) Verhältnis zwischen dem gemäß Anhang I Nummer 3 Buchstabe i der vorliegenden Verordnung angegebenen Betrag, der für die Finanzierung der Maßnahme festgesetzt wurde, und der in dem betreffenden Jahr beihilfefähigen Fläche bzw. Tierzahl;
- (b) Verhältnis zwischen dem gemäß Anhang I Nummer 3 Buchstabe i der vorliegenden Verordnung angegebenen Betrag, der für die Finanzierung der Maßnahme festgesetzt wurde, und der gemäß Unterabsatz 1 festgelegten beihilfefähige Fläche bzw. Tierzahl.“
- (7) Artikel 64 Absatz 5 wird gestrichen.
- (8) Artikel 65 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- (a) Buchstabe c wird wie folgt geändert:
- i) Ziffer ii erhält folgende Fassung:
- „ii) die Gesamtzahl der Betriebsinhaber, die von einer oder mehreren Ökologisierungsmethoden ausgenommen sind, und die Zahl der von diesen Betriebsinhabern angemeldeten Hektarflächen, die Zahl der Betriebsinhaber, die von allen Methoden ausgenommen sind, weil sie den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 entsprechen, die Zahl der Betriebsinhaber, die an der Kleinerzeugerregelung teilnehmen, die Zahl der Betriebsinhaber, die von der Anbaudiversifizierung ausgenommen sind, und die Zahl der Betriebsinhaber, die von der Verpflichtung bezüglich der im Umweltinteresse genutzten Flächen ausgenommen sind, und jeweils die Zahl der von diesen Betriebsinhabern angemeldeten Hektarflächen;“
- ii) Ziffer vi erhält folgende Fassung:
- „vi) die Gesamtzahl der Betriebsinhaber, die umweltsensibles Dauergrünland anmelden, die Gesamtzahl der von diesen Betriebsinhabern als umweltsensibles Dauergrünland angemeldeten Hektarflächen, die Gesamtzahl der als umweltsensibles Dauergrünland ausgewiesenen Hektarflächen und die Gesamtzahl der Hektarflächen von unter die Richtlinie 92/43/EWG oder 2009/147/EG fallendem Dauergrünland;“
- (b) folgender Buchstabe e wird angefügt:
- „e) bis zum 1. August jedes Jahres den Zeitraum, der für die Berechnung der Anteile der einzelnen Kulturpflanzen gemäß Artikel 40 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung berücksichtigt wird, sowie die geografische Ebene, auf der dieser Zeitraum festgelegt wird.“
- (9) Artikel 67 Absatz 2 wird gestrichen.
- (10) Ein neuer Anhang III wird hinzugefügt, dessen Wortlaut in Anhang I der vorliegenden Verordnung aufgeführt ist.

Artikel 2

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013

Anhang X der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 erhält die Fassung des Anhangs II der vorliegenden Verordnung.

Artikel 3

Übergangsmaßnahmen

(1) Abweichend von Artikel 4 Absatz 2 können die Mitgliedstaaten beschließen, einige oder alle der in Artikel 1 Nummern 3, 4 und 8 vorgesehenen Änderungen und somit die in Artikel 2 vorgesehene Änderung im Zusammenhang mit den Standardmerkmalen von im Umweltinteresse genutzten Flächen auf die Beihilfeanträge für das Kalenderjahr 2017 anzuwenden.

2. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission und die Betriebsinhaber spätestens einen Monat nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den Beschluss gemäß Absatz 1 und über die Änderungen, die sich daraus für die Mitteilungen gemäß Artikel 65 Absätze 1 bis 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2015 ergeben.

Artikel 4

Inkrafttreten und Geltung

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 1 Nummern 3, 4 und 8 und Artikel 2 gelten für Beihilfeanträge für die Kalenderjahre ab dem 1. Januar 2018.

Artikel 1 Nummern 5 und 6 gelten für Beihilfeanträge für Kalenderjahre nach dem Kalenderjahr 2014.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 15.2.2017

Für die Kommission
Der Präsident
Jean-Claude JUNCKER